

Datum: 16. Februar 2011
Anlass: Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 97. Plenarsitzung
Quelle: Auszug aus dem Plenarprotokoll 16/97 des Nds. Landtages

Thema: **Tauziehen um die Mindestsicherung - Viel Wahlkampfgetöse und kein verfassungskonformes Ergebnis in Sicht** - Antrag der Fraktion DIE LINKE- Drucksache 16/3338 des Nds. Landtages

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Nächste Rednerin ist Frau Mundlos von der CDU-Fraktion.

Heidmarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zur Versachlichung dieser Debatte lassen Sie uns noch einmal auf die Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 blicken. Das Gericht hat in allererster Linie sowohl die mangelnde Transparenz als auch die mangelnde Begründung bei der Berechnung des Regelsatzes gerügt. Das gilt sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. An keiner Stelle des Urteils hat das Gericht gesagt, die Höhe der Bedarfssätze sei ebenfalls grundgesetzwidrig. Ich zitiere:

„Die in den Ausgangsverfahren geltenden Regelleistungen von gerundet 345, 311 und 207 Euro können zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht als evident unzureichend angesehen werden.,,

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Evident! Sie haben es gesagt, Sie müssen es nur anders betonen!)

Das Urteil verspricht den Leistungsempfängern jedenfalls keine massive Erhöhung der Regelsätze. Verlangt wird eine transparente und nachvollziehbare Berechnungsmethode.

Nun meinen einige, die Berechnungen seien immer noch nicht transparent und immer noch nicht nachvollziehbar, und stellen zum Teil sogar die Datengrundlage infrage. Wenn aber dieses Verfahren und das Zustandekommen der Erhöhung um 5 Euro nicht transparent und nachvollziehbar sind, wie können Sie dann ganz plump auf der gleichen

Daten- und Berechnungsgrundlage, ohne irgend-etwas zu ändern und ohne irgendwo Transparenz zu schaffen, 11 Euro fordern? Widersprüchlicher geht es ja wohl kaum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Außerdem eröffnen Sie einen Nebenkriegsschauplatz nach dem anderen. Die indizierte Mindestlohndebatte ist ebenso wie die Zeitarbeitsdebatte eine absolut unnötige Überfrachtung der Hartz-IV-Vermittlungsgespräche.

(Ulrich Watermann [SPD]: Da ist Herr Laumann aber anderer Meinung! - Hans-Henning Adler [LINKE]: Das spart doch dem Staat Geld!)

Was hat das noch mit dem Auftrag des Gerichts zu tun? - Das ist ein Griff in die linke Wunsch-dir-was-Kiste, und das ist verantwortungslos.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Unglaublich!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Frau Kollegin Mundlos, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen?

Heidemarie Mundlos (CDU):

Nein. - Hier werden Hilfsbedürftige instrumentalisiert. Das nenne ich wirklich verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Patrick-Marc Humke [LINKE]: Das ist Ihre Politik!)

Dabei ist die Koalition den Forderungen der Opposition noch entgegengekommen. Das Bildungspaket soll noch auf weitere Einkommensgruppen ausgedehnt werden und somit viel mehr Kindern zu Gute kommen. Zuletzt hat die Bundesregierung angeboten, die Kosten der Kommunen für die Grundsicherung zu übernehmen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Und 4 Milliarden bei der Arbeitsagentur gekürzt!)